

Schüler machen Front in Sachen Klärschlamm

Kurz vor der Entscheidung nimmt die Diskussion um die Anlage weiter Fahrt auf / SPD und Grüne bestürzt über Brief

Von Marita Zimmerhof

Hildesheim. Als dem Rat der Stadt Hildesheim 2018 die Entscheidung über den Bau der Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage zur Abstimmung vorlag, wurde das Thema in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, und auch im Rat selbst gab es seinerzeit keine ausschweifenden Debatten. Nun, da die Betreiberfirma KNRN mit der Anlagenplanung beginnen will und nur noch auf die Übertragung des Hafens-Grundstücks wartet, bewegt das Thema Bürger und Politiker wie kaum ein zweites.

„Wir wollen und müssen die Bedenken der Bürger ... ernst nehmen und uns damit auseinandersetzen. Dies gilt ebenso für die klare ablehnende Haltung der Ortsräte Himmelstür, Nordstadt, Drispensiedt und Stadtmitte gegen die Errichtung der Anlage“, räumt Frank Wodsack, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, nun ein, nachdem sich der Arbeitsausschuss des CDU-Stadtverbandes noch einmal „mit der gesamten Thematik als auch mit der Vorlage intensiv beschäftigt“ habe. Dem Gremium gehören Mitglieder des Stadtverbandsvorstandes, die Ortsverbandsvorsitzenden und die CDU-Ortsbürgermeister an.

Der Arbeitsausschuss kritisiert, dass es kein schlüssiges Verkehrskonzept gebe, Bürger „erheblich durch Gerüche und gegebenenfalls Schadstoffe“ gestört werden könnten, zudem sei die Standortwahl nicht ausreichend transparent gewesen und die Ortsräte seien „nicht angemessen“ beteiligt worden. „Wir würden uns weiterhin wünschen, wenn die Anlage, wie in der Ursprungsvorlage im Dezember 2018 durch die Bergesellschaft dargestellt und auch vorgesehen, deutlich kleiner dimensioniert umgesetzt werden würde“, so Dennis Münter, der sich gerade um den Posten des Oberbürgermeisters bewirbt.

„Transparenz und Bürgerbeteiligung sehen anders aus“, kritisiert Karsten Wussow, der für die CDU im Ortsrat der Nordstadt sitzt. Zudem fürchtet die CDU, dass die Stadt sämtliche Einflussmöglichkeiten „endgültig“ aus der Hand gibt, soll-



An der Robert-Bosch-Schule demonstrieren Schüler gegen die geplante Klärschlamm-Verbrennungsanlage.

FOTO: MARKUS REDLIN

te die KNRN erst über das Grundstück verfügen.

Der Arbeitsausschuss fordert daher die Verwaltung auf, den Fraktionen sowohl den Entwurf des Erbbaurechtsvertrages als auch den Entwurf einer vertraglichen Zusatzvereinbarung zur Verfügung zu stellen, in dem die Stadt der KNRN Aufgaben für den Betrieb der Anlage macht. Diese Vereinbarung war auf Drängen von SPD und Grünen zuletzt in einigen Punkten verschärft worden.

Für die Ratssitzung am kommenden Montag, in der der Rat über die Grundstücksübertragung abstimmen soll, liegt die geänderte Beschlussfassung vor. So muss die KNRN sicherstellen, dass von der Anlage „für die Schutzgüter

Mensch, Luft, Wasser, Flora, Fauna, Habitat“ keine zusätzlichen Belastungen ausgehen, der LKW-Verkehr gegenüber dem bisherigen „Worst-Case-Szenarium“ um mindestens 30 Prozent oder 3400 Bewegungen jährlich reduziert wird, indem Material auf Schiff oder Bahn verlagert oder durch Vortrocknung die Masse entsprechend reduziert wird. Zudem darf kein Verkehr über den Himmelstürer Linnenkamp laufen, was die KNRN zu überwatchen hat. Die Anlage darf danach zudem die jetzige geplante Kapazität von 33 500 Tonnen nicht überschreiten.

All dies muss parallel zum Erbbaurechtsvertrag abgesichert werden. Käme es zu einem Vertragsbruch, müsste entweder eine Rücktrittsklausel vom Erbbaurechtsver-

trag greifen oder aber eine Strafzahlung fällig werden, so die Beschlussvorlage.

Angesichts dieser „für Hildesheim sehr wichtigen Entscheidung“ dürfe keine Eile geboten sein, meint die CDU nun. „Ohne die Zurverfügungstellung der vertraglichen Unterlagen und der Möglichkeit, diese ausreichend zu prüfen, kann eine Entscheidung am kommenden Montag bereits unter diesen Gesichtspunkten nicht seriös getroffen werden“, sind sich Fraktionschef Ulrich Kumme und Wodsack einig.

In einem „öffentlichen Brief“ meldet sich unterdessen die Robert-Bosch-Gesamtschule zu Wort. Das Schreiben ist von Tobias Dehmel, Vorsitzender des Schullehrerates, und Luca Itau, Schülervertretung,

unterzeichnet. Die Anlage könne „die Gesundheit von Schülern vieler Schulen in Hildesheim schädigen“, heißt es darin. Schadstoffe befänden sich dann „direkt in der Atemluft des Einzelnen“.

Das Papier zitiert die beiden KNRN-Geschäftsführer Erwin Voß und Jens Manthey mit Mengenangaben zum angeblichen Schadstoffausstoß der Anlage. Tatsächlich beziehen sich die genannten Zahlen aber auf rechtlich zulässige Höchstgrenzen. Wiederholt haben die KNRN-Chefs auf Messprotokolle einer vergleichbaren Anlage in Hamburg verwiesen, die belegen, dass die zulässigen Grenzwerte deutlich unterschritten werden.

„Weiterhin ist zu bedenken, dass bei Regenwetter die Giftstoffe direkt

in der näheren Umgebung ausgespült würden“, schreiben die Verfasser, erwähnen aber nicht, dass die Schadstoffe bereits im Klärschlamm enthalten sind und bislang ungefiltert auf die Äcker gebracht worden sind. Schließlich bekennen sich die Verfasser als Befürworter einer Pyrolyse-Anlage.

Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen und SPD im Rat, Ulrich Rübiger und Bernd Lynack, äußerten sich „bestürzt“ über „die Vermengung von falschen Zahlen, Fehlinformationen und Weglassungen in dem Flugblatt des Elternrates und der Schülermitverwaltung der RBG“.

„Hildesheim produziert jährlich 2800 Tonnen Klärschlamm. Der enthält 4400 Kilogramm Schwermetalle, 19 Milligramm Dioxine und 1,5 Kilogramm Quecksilber. Diese giftigen Stoffe wurden bis vor kurzem zum großen Teil auf Felder aufgebracht, und bei Wind und trockenem Wetter wehten von den Feldern in der Umgebung Hildesheims diese hohen Schadstoffmengen durch die Luft oder wurden von Pflanzen aufgenommen, die wir dann wieder verzehren. Genau diese schleichenen Vergiftungen wollen wir stoppen.“

Demgegenüber werde die neue Anlage bei einer Gesamtmenge von 33 500 Tonnen Klärschlamm das gesamte enthaltene Schwermetall um 99,9 Prozent reduzieren (Rest: 3,7 Kilogramm), Dioxine um 98,3 Prozent (Rest: 0,3 Milligramm) und Quecksilber um 52 Prozent (Rest: 0,7 Kilogramm). Die im Flugblatt veröffentlichten Restmengen seien, so Rübiger, völlig aus der Luft gegriffen. „Allein die angeblichen Dioxinwerte sind 63-mal höher als in der Realität.“

Das Flugblatt übernehme „völlig ungeprüft in weiten Teilen die bekannte, zum Teil völlig falsche und stimmungsmachende Argumentation der Bürgerinitiative“. Als Partei, die aus der Bürgerinitiativbewegung entstanden ist und grundsätzlich kritisch technische Großanlagen prüft, könne er die ersten spontanen Abwehrreaktionen verstehen, so Rübiger. Jetzt lägen aber genug Informationen auf dem Tisch, um zu einem sachlichen Dialog zurückzukehren.